

Rezension Peter Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff

Ist das jetzt das Ende der unendlichen Geschichte der StalinNote vom März 1952? War es Stalins „großer Bluff“, oder steckte doch mehr hinter dieser sowjetischen Initiative? Peter Ruggenthaler aus Graz leistet Nachhilfe; „Der jahrzehntelange Streit“, so teilt der Verlag fast schon triumphierend mit, „ist mit der vorliegenden Dokumentation entschieden.“ Ruggenthaler arbeitet im Team von Stefan Karners „Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgenforschung“ (jenem Team, das in den letzten Jahren mit am intensivsten in Moskauer Archiven gearbeitet und vor allen Dingen für Österreich bemerkenswerte Ergebnisse vorgelegt hat). Nun also auch etwas zu Deutschland, zu jenem zentralen Thema der deutschen Nachkriegsgeschichte, über das in den vergangenen Jahrzehnten heftig gestritten worden ist. Die Frage lautete: Gab es eine Chance zur Wiedervereinigung? Ist damals eine Chance vertan worden, dies zu klären? Zunächst bleibt festzuhalten: der Rezensent hat 1985 umfangreiche britische und amerikanische Akten zur Stalin-Note veröffentlicht¹. Meine Beurteilung der Westmächte und auch der Haltung Adenauers erfolgte auf der Grundlage dieser Akten und wurde in der Fachwelt weitgehend akzeptiert². Demnach stellte sich die Situation etwa folgendermaßen dar: Nach anfänglichem Zögern waren die Westmächte davon überzeugt, dass die Stalin Note ernst gemeint war. Sie waren allerdings nicht bereit, diese für sie „sehr gefährliche“ (Quai d’Orsay) Lösung der deutschen Frage zu akzeptieren. Sie wollten kein militärisch neutrales Gesamtdeutschland, da dies für sie zu große Risiken und Nachteile gebracht hätte. Die – auch militärische – Westintegration der Bundesrepublik war in jedem Fall die bessere Lösung, und die Teilung des Landes begünstigte diese Lösung, die im Frühjahr 1952 mit Nachdruck betrieben wurde, auch um vollendete Tatsachen zu schaffen. Entsprechend lautete ihre Forderung in der Antwortnote: freie Wahlen und Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung.

Entscheidend dabei war Adenauers Haltung. Da er für sich die Alternative West integration oder „Einheit in Freiheit“ ausschloss, vielmehr das erste im Vertrauen auf den Westen als Voraussetzung für das zweite betrachtete und entsprechend handelte, gab es auch für die Westmächte keinerlei Veranlassung, von ihrer Position abzurücken, obwohl sie die Problematik Westintegration – Wiedervereinigung sehr deutlich sahen. Für Adenauer war die europäische Verteidigungsgemeinschaft „bei weitem das wichtigste historische Ereignis für Europa seit hundert Jahren“. In diesem Sinne war sie „Ziel seiner Politik“, gleichzeitig aber auch „Mittel zum Ziel“ einer beinahe schon globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Eines war sie für Adenauer auf gar keinen Fall: Tauschobjekt für ein Wiedervereinigungsgeschäft mit Stalin. Hier stießen zwei sich grundsätzlich ausschließende Prinzipien aufeinander. Das von Stalin angebotene militärisch neutrale Deutschland hatte keinen Platz in Adenauers Denken. Am 2. Juni 1952 formulierte Adenauer einmal, „kein Angebot der Sowjetunion“ könne ihn bewegen, aus der Verbindung mit dem Westen auszubrechen.

Nach der zweiten sowjetischen Note vom 9. April 1952, in der freie Wahlen möglich schienen, wurde die Situation für Adenauer schwieriger. Der SPD-Vorsitzende Schumacher forderte von ihm, festzustellen, „ob die Sowjetnote eine Möglichkeit bietet, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durchzuführen“. Wenn sich bei den Verhandlungen herausstellen würde, dass es keine Möglichkeit gäbe, „dann wäre doch auf jeden Fall klargestellt, dass die Bundesrepublik keine

¹ Rolf Steininger, Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die StalinNote vom 10. März 1952. Darstellung und Dokumentation auf der Grundlage unveröffentlichter britischer und amerikanischer Akten (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 12), Bonn 1985, 2. Aufl. 1986, 325 S.

² Vgl. meinen Exkurs: Die StalinNote. Reaktionen auf ein Buch, in: Ders., Deutsche Geschichte, Bd. 2, Frankfurt am Main 2002, S. 198 – 207.

Anstrengung gescheut hat, um eine sich bietende Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands und Befriedung Europas auszunützen“.

Auch für die Westmächte wurde die Situation schwieriger. Und in dieser Phase beabsichtigte der amerikanische Außenminister Dean Acheson, in der Antwortnote an die Sowjetunion VierMächte-Gespräche vorzuschlagen. Ein bloßer Austausch von Noten reichte seiner Meinung nach nicht mehr aus, um die wahren Absichten der Sowjets „bloßzulegen“. Acheson wörtlich: „Wenn die Sowjets wirklich bereit sind, die Ostzone zu öffnen, dann sollten wir sie zwingen, ihre Karten auf den Tisch zu legen. Wir können nicht zulassen, dass unsere Pläne vereitelt werden lediglich auf Grund von Spekulationen, wonach die Sowjets möglicherweise bereit sind, tatsächlich einen hohen Preis zu zahlen.“ Intern gab es bereits ein Datum für gesamtdeutsche Wahlen: November 1952, und es waren Fragen formuliert, die Stalin „zum Quietschen“ bringen sollten. Bekanntlich lehnte Adenauer ab, es gab keine VierMächteVerhandlungen. Der Westen hatte, so der britische Außenminister Eden, die Notenschlacht („battle of the notes“) gewonnen. Ich hatte 1985 den Titel meiner Dokumentation mit einem Fragezeichen versehen. Die Note ist nicht „ausgelotet“ worden, also konnte und kann niemand die Frage beantworten, ob es eine Chance zur Wiedervereinigung gab. Die Chance, dies herauszufinden, wurde m. E. damals vertan. So lautete dann auch die Überschrift des Taschenbuches, in dem die Einleitung des o. g. Dokumentenbandes separat veröffentlicht wurde³.

Nun zu Stalin und seiner Note. In den vergangenen Jahren sind einige sowjetische Akten zugänglich geworden, die von unterschiedlichen Kollegen bzw. Kolleginnen ganz unterschiedlich interpretiert worden sind. Zum Teil wurden aus denselben Akten unterschiedliche Schlüsse gezogen. Bislang konnte Aleksey Filitov von der Russischen Akademie der Wissenschaften die meisten Akten einsehen. Wie vor ihm Gerhard Wettig ist auch für ihn die Note nicht ernst gemeint gewesen, wobei er ein ganz neues Motiv auf sowjetischer Seite sieht: Einschüchterung der DDR-Führung – wegen deren „titoistischer“ Tendenzen. Er bezweifelte sogar, ob Stalin überhaupt irgendeine Rolle im Prozess der Ausarbeitung der Konzeption der Note gespielt hat – „außer einer bremsenden und begrenzenden“. Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident und frühere langjährige Außenminister Molotow sei der entscheidende Mann gewesen, von daher sollte man nicht einmal mehr „StalinNote“ sagen. Für Wilfried Loth, der eine andere Position vertritt, ist das genaue Gegenteil richtig. Da nimmt Stalin die Dinge „selbst in die Hand“.

So ganz überzeugt war Filitov denn auch von seiner eigenen Argumentation nicht, denn er stellte auch fest – übrigens ganz im Sinne des Rezensenten, der die se These schon vor 20 Jahren vertreten hat –, dass es „dennoch ein kardinaler Fehler des Westens“ gewesen sei, die Note nicht zum Anlass für Verhandlungen zu nehmen“. Filitov verwies als Beleg für seine These auf die Gespräche Stalins am 1. und 7. April 1952 mit der SED-Führung im Kreml. Die sind inzwischen dankenswerterweise von Bernd Bonwetsch und Sergej Kudrjasov im Wortlaut veröffentlicht worden. Der Leser kann seine eigenen Schlüsse daraus ziehen.

Jetzt also Peter Ruggenthaler. Beseitigt er alle Unklarheiten? Nicht ganz. Sein großes Verdienst ist es, noch mehr Licht in die Genesis dieser Note zu bringen, ob wohl auch er nicht alle Akten einsehen konnte, was allerdings auch nicht verwundert. Zunächst bestätigt Ruggenthaler, was wir schon immer vermutet haben, dass der Kreml außerordentlich gut informiert war über die Intentionen der Westmächte, speziell über die französische Position. Die sowjetischen Spione waren im Quai d'Orsay offensichtlich sehr gut platziert; nicht ganz so gut, aber für gute Informationen immer noch gut genug, im Foreign Office in London, weniger gut im State

³ Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die StalinNote vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung, Berlin/ Bonn 1985, 19903.

Department. In jedem Fall war der Kreml durch diese Information fast immer im Vorteil und dem Westen einen Schritt voraus. Wir wissen inzwischen auch, dass Walter Ulbricht vorgeschlagen hat, die Sowjetunion möge Vorschläge für eine Neutralisierung Deutschlands machen – um die, wie es hieß, „amerikanischen Kriegshetzer“ zu entlarven und die Wiederbewaffnung zu behindern. Diese Idee ist von Außenminister Wyschinski aufgenommen worden, nachdem er zur Überzeugung gekommen war, dass die Westmächte in der Tat auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands waren. Nach den vom ehemaligen sowjetischen Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, überlieferten „Erinnerungen“ des Hohen Kommissars in der DDR, Semjonow, sollen angeblich „viele Mitglieder des Politbüros eine derartige Initiative der Sowjetunion für zu riskant“ gehalten haben. „Stalin“, so heißt es da, „gab dem Experiment schließlich seinen Segen, warnte aber, bei einem Misserfolg werde er die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.“ Diese Äußerung zitiert auch Ruggenthaler – allerdings in einer Fußnote (an anderer Stelle lässt er Erinnerungen sowjetischer Politiker nicht gelten), ohne verifizieren zu können, in welcher Politbürositzung dies stattgefunden hat – wenn überhaupt. Stalin stimmt jedenfalls dem Unternehmen zu, nachdem der stellvertretende Außenminister Gromyko klargemacht hat, worum es dabei gehe, nämlich „die Lage der drei Mächte und der Bonner Regierung noch mehr [zu] verkomplizieren“. Das ist der entscheidende neue Befund Ruggenthalers, der auch als Kapitelüberschrift mitgeteilt wird. Also, so Ruggenthaler, alles nur Propaganda, um einen „Persilschein“ zu bekommen, mit dem man die Verantwortung für die Teilung Deutschlands von sich weisen konnte. Die Note also in der Absicht vorgelegt, den Sozialismus in der DDR zu festigen – und damit die endgültige Teilung Deutschlands. Kann man einen so weit reichenden Befund aus diesem Halbsatz herauslesen? Wohl kaum. Die Note würde in jedem Fall die Lage des Westens verkomplizieren, wie wir gesehen haben.

Ein weiterer Befund Ruggenthalers ist bemerkenswert. Der Rezensent und an dere Kolleginnen und Kollegen haben bisher die Meinung vertreten, dass es erst nach der Antwortnote der Westmächte im Gespräch am 1. April zwischen Stalin und den SEDFührern um den Aufbau einer DDR-Armee und den „Aufbau des Sozialismus“ ging. Nach Ruggenthaler ist das alles falsch. Die SEDFührung hatte demnach in diesen Fragen noch vor der westlichen Antwortnote die Initiative ergriffen. Das kann man allerdings auch anders interpretieren. Pieck wurde bekanntlich erst am 9. März in Berlin über die Note informiert: Also hieß die Devise jetzt Vorwärtsstrategie, da ein Eingehen des Westens auf diese Note wohl das Ende der SED-Herrschaft bedeutet hätte. Die SED-Vorschläge wurden vom Leiter der Außenpolitischen Kommission in Moskau bearbeitet und umfassten letztlich 50 Seiten. Molotow erhielt eine Kopie. Offensichtlich war dieses Dokument für ihn aber eher unwichtig. Selbst Ruggenthaler meint, „ungewöhnlicherweise“ habe Molotow keinen einzigen Vermerk auf diesem Dokument vorgenommen. Wobei wir inzwischen wissen, dass Molotow es liebte, Vermerke, Unterstreichungen etc. zu machen – bei wichtigen Dokumenten. Ob Stalin dieses Dokument überhaupt gesehen hat, kann auch Ruggenthaler nicht sagen. Ob Stalin die SEDFührer über die zweite sowjetische Note vom 9. April informiert hat, ist ebenfalls unklar.

An dieser Stelle auch ein Wort zur österreichischen Note der Westmächte vom 13. März 1952, dem so genannten „Kurzvertrag“, auf den Ruggenthaler mit neuen Dokumenten und eigenwilligen Interpretationen eingeht. Der Kurzvertrag war ein reines Propagandainstrument der Westmächte; das sahen auch die Sowjets sofort. Der stellvertretende sowjetische Außenminister Zorin erklärte Molotow in einer Analyse, was es mit dieser Note auf sich hatte. Damit, so Zorin, wollten die Westmächte versuchen, „die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in der Welt von der neuen wichtigen Initiative der UdSSR in der deutschen Frage abzulenken.“ Genau so war es. Die Westmächte hatten ursprünglich beabsichtigt, den Vertrag für die Stalin–Note zu instrumentalisieren, d. h. Zustimmung zu den von den Sowjets geforderten Vier-Mächte-Verhandlungen über Deutschland erst nach Annahme des Kurzvertrages durch die Sowjets. Das schien dann aber

doch zu gefährlich; auf Drängen Adenauers wurde in der Antwortnote jeder Hinweis auf Österreich gestrichen.

Die Nichtreaktion der Sowjets ist für Ruggenthaler Beweis dafür, dass es die Sowjets auch mit ihrer Note nicht ernst gemeint hatten. Frage: Warum hätte die Sowjetunion eine neue Front aufmachen und den Zusammenhang herstellen sollen? Im „Kurzvertrag“ hatten die Westmächte den bedingungslosen Rückzug der Besatzungsmächte gefordert – ohne Reparationen. Und von Neutralität war gar keine Rede. Ruggenthaler meint, die österreichische Frage „konnte aus sowjetischer Sicht frühestens dann gelöst werden, wenn die Teilung Deutschlands unwiderruflich geworden war“; und Neutralität Österreichs „erst nach der Konsolidierung der DDR“. So geschehen im Frühjahr 1955. Dann, so Ruggenthaler, konnte Österreich auf keinen Fall Modellfall für Deutschland sein. Was zu beweisen wäre! Aber das ist schon wieder eine neue Diskussion und nicht eigentlich Thema dieses Buches.

Fazit: Bemerkenswerte Forschungsarbeit, interessante neue Dokumente, aber Ruggenthalers Schlussfolgerungen gehen m. E. zu weit. An einer Stelle behauptet er, Stalin habe keinen „Masterplan“ zum Aufbau des Ostblocks gehabt. Wenn das zutrifft – und ich neige dieser Ansicht zu –, dann muss das doch wohl auch für Deutschland gelten. Da aber sieht es nach Ruggenthaler ganz anders aus, da hatte Stalin den „Masterplan“, denn, so der Kollege aus Graz: „Stalin wollte die Teilung Deutschlands, die DDR war spätestens seit 1945 sein ‚Wunschkind‘.“ Das ist eine mehr als gewagte Interpretation der Stalin’schen Deutschlandpolitik. Und für 1952 kann niemand die Frage beantworten, was wohl geschehen wäre, wenn es zu Verhandlungen gekommen und Stalin gezwungen worden wäre, seine Karten auf den Tisch zu legen.

Peter Ruggenthaler teilt Neues, aber nichts Endgültiges über die StalinNote mit. Die Diskussion darüber ist mitnichten beendet, der Streit keinesfalls entschieden.

Peter Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der StalinNote in Dokumenten der sowjetischen Führung. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 95, München, R. Oldenbourg 2007, 256 S. (Deutschland Archiv, 41, 2008, H.1)